

Ressort: Auto/Motor

SPD verlangt Änderungen an geplanter Autobahngesellschaft

Berlin, 14.12.2016, 11:07 Uhr

GDN - Nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Gründung einer neuen Autobahngesellschaft verlangt die SPD Nachbesserungen. "Bei der Bundesfernstraßengesellschaft ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bisher saß das Parlament nicht mit am Verhandlungstisch", sagte der Vize-Fraktionschef der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Konkret verlangte der SPD-Verkehrspolitiker, die Gesellschaftsform der neuen Gesellschaft zu ändern. "Die SPD-Bundestagsfraktion will eine Anstalt öffentlichen Rechts", so Bartol. Im Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist bisher eine GmbH vorgesehen. Außerdem sei unklar, welche Auswirkungen die neue Gesellschaft für die Arbeitnehmer habe. "Eine Reform auf dem Rücken der Beschäftigten werden wir nicht mitmachen", sagte der SPD-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-82388/spd-verlangt-aenderungen-an-geplanter-autobahngesellschaft.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com